

BFH-Leitsatz-Entscheidungen

1. **Körperschaftsteuer: Billigkeitsmaßnahmen im Rahmen der Mindestbesteuerung**
Urteil vom 15.04.2026, Az: I R 20/25 (I R 59/12)
2. **Körperschaftsteuer: Zur Besteuerung des Abwicklungs- bzw. Insolvenzzeitraums bei Kapitalgesellschaften**
Urteil vom 15.04.2026, Az: I R 21/25 (I R 36/18)
3. **Bewertungsrecht: Wie sind Miteigentumsanteile zu bewerten?**
Beschluss vom 18.01.2016, Az: II B 29/15
4. **Erbschaftsteuer: Wann ist ein Grundstück ein begünstigtes „Familienheim“?**
Urteil vom 17.06.2026, Az: II R 27/23
5. **Umsatzsteuer: Kostenpauschale für vergünstigte Kantinennutzung ist keine Leistungserbringung zwischen dem Entleiher von Zeitarbeitskräften und dem Verleiher**
Urteil vom 16.04.2026, Az: V R 1/25
6. **Umsatzsteuer: EuGH-Vorlage zu dem Erfordernis einer personellen und technischen Ausstattung einer festen Niederlassung**
Vorlagebeschluss vom 07.05.2026, Az: V R 12/24

Urteile und Beschlüsse:

1. **Körperschaftsteuer: Billigkeitsmaßnahmen im Rahmen der Mindestbesteuerung**
Urteil vom 15.04.2026, Az: I R 20/25 (I R 59/12)
 1. Die Regelungen zur Mindestbesteuerung nach § 8 Abs. 1 Satz 1 des Körperschaftsteuergesetzes i.V.m. § 10d Abs. 2 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes i.d.F. vom 22.12.2003, § 10a Satz 1 und 2 des Gewerbesteuergesetzes i.d.F. vom 23.12.2003 sind nach den Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts, Beschluss vom 23.07.2025 - 2 BvL 19/14 (Höchststrichterliche Finanzrechtsprechung 2025, 980) für bilanzierende Körperschaftsteuersubjekte verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden.
 2. Soweit es infolge der Mindestbesteuerung zu Definitiveffekten aufgrund von bilanzsteuerrechtlichen Umkehreffekten kommt, sind Billigkeitsmaßnahmen nach § 163 der Abgabenordnung ernsthaft zu erwägen.
2. **Körperschaftsteuer: Zur Besteuerung des Abwicklungs- bzw. Insolvenzzeitraums bei Kapitalgesellschaften**
Urteil vom 15.04.2026, Az: I R 21/25 (I R 36/18)
 1. Kommt es bei einem über drei Jahre hinausgehenden Abwicklungs-/Insolvenzzeitraum nach den Regelungen des § 11 Abs. 1 Satz 2 des Körperschaftsteuergesetzes

(KStG) zu sogenannten Zwischenveranlagungen, handelt es sich dabei nicht um vorläufige Veranlagungen, die später durch eine einheitliche Veranlagung für den gesamten Abwicklungs-/Insolvenzzeitraum zu ersetzen sind, sondern um endgültige Veranlagungen.

2. Die Regelungen zur Mindestbesteuerung nach § 8 Abs. 1 Satz 1 KStG i.V.m. § 10d Abs. 2 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes i.d.F. vom 22.12.2003 sind nach den Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts, Beschluss vom 23.07.2025 - 2 BvL 19/14 (Höchststrichterliche Finanzrechtsprechung 2025, 980) für bilanzierende Körperschaftsteuersubjekte verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden.

3. Bewertungsrecht: Wie sind Miteigentumsanteile zu bewerten?

Beschluss vom 18.01.2016, Az: II B 29/15

Der Nachweis, dass ein Miteigentumsanteil an einem mit dem nachgewiesenen niedrigeren gemeinen Wert bewerteten Grundstück weniger wert sei, als es dem rechnerischen Anteil am gemeinen Wert des gesamten Grundstücks entspricht, ist nicht zulässig.

4. Erbschaftsteuer: Wann ist ein Grundstück ein begünstigtes „Familienheim“?

Urteil vom 17.06.2026, Az: II R 27/23

1. Als Grundstück im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 4c Satz 1 des Erbschaft- und Schenkungsteuergesetzes (ErbStG) ist das Grundstück nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes anzusehen. Dies ist die wirtschaftliche Einheit, deren Grundbesitzwert das Belegenheitsfinanzamt gesondert feststellt, wenn die Werte für die Erbschaftsteuer von Bedeutung sind.

2. Der Wertfeststellungsbescheid entfaltet nicht nur hinsichtlich des Grundbesitzwerts, sondern auch hinsichtlich der Feststellung der wirtschaftlichen Einheit Bindungswirkung für den Erbschaftsteuerbescheid (Anschluss an das Urteil des Bundesfinanzhofs vom 23.02.2021 - II R 29/19, BFHE 272, 497, BStBl II 2023, 191, Rz 13).

5. Umsatzsteuer: Kostenpauschale für vergünstigte Kantinennutzung ist keine Leistungserbringung zwischen dem Entleiher von Zeitarbeitskräften und dem Verleiher

Urteil vom 16.04.2026, Az: V R 1/25

Hat sich der Entleiher von Zeitarbeitskräften --im Vorgriff auf eine gesetzliche Regelung-- gegenüber seinem Betriebsrat verpflichtet, den Zeitarbeitskräften die Betriebskantinen zu denselben Konditionen wie dem eigenen Personal zur Verfügung zu stellen, und stellt er dafür dem Verleiher der Zeitarbeitskräfte eine Kostenpauschale in Rechnung, die der Verleiher dem Entleiher zurückberechnet, liegt insoweit keine Leistungserbringung zwischen Entleiher und Verleiher vor.

6. Umsatzsteuer: EuGH-Vorlage zu dem Erfordernis einer personellen und technischen Ausstattung einer festen Niederlassung

Vorlagebeschluss vom 07.05.2026, Az: V R 12/24

Dem Gerichtshof der Europäischen Union wird folgende Frage zur Auslegung der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28.11.2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (MwStSystRL) zur Vorabentscheidung vorgelegt:

Ist eine Anlage (hier: Trocknungsanlage), die an der Erbringung einer Dienstleistung (hier: Entsorgungsdienstleistung) beteiligt ist, im Hinblick auf das Erfordernis einer personellen und technischen Ausstattung eine feste Niederlassung im Sinne von Art. 192a MwStSystRL, wenn ein Steuerpflichtiger mit Sitz seiner wirtschaftlichen Tätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat die im Inland belegene Anlage von seinem Sitz aus ferngesteuert überwacht und wartet sowie für den Betrieb dieser Anlage im Übrigen einen Subunternehmer beauftragt, dessen Personal in der Anlage tätig wird?